

Protokolleintrag vom 05.11.2008

2008/500

Motion von Niklaus Scherr (AL) vom 5.11.2008:

Projekt Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Vorlage einer Weisung

Von Niklaus Scherr (AL) ist am 5. November 2008 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zum Projekt „Räumliche Entwicklungs-Strategie“ (RES) vorzulegen. Im Rahmen dieses Projekts sollen nicht nur bauliche und ökologische Fragestellungen, sondern auch soziale, wohn- und gewerbepolitische Aspekte einbezogen werden.

Begründung:

Der Stadtrat hat im Rahmen der ersten Serie Zusatzkredite und jetzt erneut im Voranschlag 2009 im Zusammenhang mit dem Projekt RES verschiedene Kreditpositionen (Löhne, Dienstleistungen Dritter etc.) beantragt. Bei den Zusatzkrediten 1. Serie 2008 wurden für Löhne, Raumkosten und Dienstleistungen Dritter Fr. 555000.- statt der beantragten Fr. 875000.- bewilligt. Im Voranschlag 2009 sind erneut zusätzliche Kosten für das RES eingesetzt; insgesamt dürfte es sich um Betrag in der Höhe von rund 1 Mio Franken handeln.

Beim Projekt RES geht es sich nicht bloss um eine simple Stellenaufstockung im Rahmen allgemeinen Verwaltungsauftrags. Vielmehr sollen gezielt Projektleiter angestellt und planerische Dienstleistungen Dritter eingekauft werden, um mittelfristige Raumentwicklungsstrategien für die

Stadt zu entwickeln. Im Rahmen dieses Projekt werden - oder sollten es — zentrale Strategiefragen und Weichenstellungen für die künftige Stadtentwicklung erörtert, bei denen dem Gemeinderat, sowohl was die Ausgabenhöhe wie die Zielsetzungen anbelangt, ein Mitspracherecht zusteht. Bisher wurde bei diesen Planungen vorrangig bauästhetische, nutzungstechnische und ökologische Aspekte einbezogen. Dagegen fehlen gesellschafts- und sozialpolitische Aspekte (etwa die gesamtstädtischen Bedürfnisse an preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum) vollständig.

Die Erarbeitung dieser für die Stadt Zürich wegleitenden planerischen Konzepte darf nicht im stillen Kämmerlein von Verwaltung und Stadtrat erfolgen. Vielmehr ist eine breite öffentliche Debatte erforderlich. Unklar ist auch, wie weit das Projekt RES zu planerischen Doppelspurigkeiten in der Verwaltung führt. Aus all diesen Gründen wird mit der Motion die Vorlage einer separaten Weisung an den Gemeinderat verlangt..